

## Protokoll 126. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 30. Mai 2012, 17.00 Uhr bis 20.01 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Marina Garzotto (SVP), Roger Liebi (SVP), Mario Mariani (CVP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Lucia Tozzi (SP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2010/129](#) \* Weisung vom 16.05.2012: FV  
Postulat von Walter Angst (AL), Karin Rykart Sutter (Grüne) und VGU  
zwei Mitunterzeichnenden betreffend Beschaffung von Bauland  
für die Vergrösserung des Wohnungsbestands der Stiftung  
Alterswohnungen, Bericht und Abschreibung
3. [2011/470](#) \* Weisung vom 16.05.2012: VS  
Sozialdepartement, Schulsozialarbeit, Erhöhung der jährlich VSS  
wiederkehrenden Ausgaben, Abschreibung des Postulats von  
Rebekka Wyler (SP) und Andrea Hochreutener (SP) betreffend  
Erhöhung Anzahl Stellen in der Schulsozialarbeit
4. [2012/200](#) \* Weisung vom 16.05.2012: VGU  
Städtische Gesundheitsdienste, Definitive Einführung von  
KOMPASS, Bewilligung jährlich wiederkehrender Ausgaben ab  
2013
5. [2012/201](#) \* Weisung vom 16.05.2012: FV  
Liegenschaftsverwaltung, Veräusserung Teil der Konrad-Ilg-  
Strasse, Quartier Höngg, an die Gewerkschaftliche Wohn- und  
Baugenossenschaft GEWOBAG
6. [2012/202](#) \* Weisung vom 16.05.2012: VS  
Soziale Dienste, unbefristete Weiterführung des  
Quartierzentrums Aussersihl in der Bäckeranlage durch die  
Sozialen Dienste des Sozialdepartements ab 2013
7. [2012/203](#) \* Weisung vom 16.05.2012: VS  
Sozialdepartement, Beiträge an 12 Trägerschaften für 37  
soziokulturelle Angebote 2013 bis 2018

- |     |                          |              |  |     |
|-----|--------------------------|--------------|--|-----|
| 8.  | <a href="#">2012/195</a> | *<br>E       | Postulat von Peter Küng (SP) und Patrick Hadi Huber (SP) vom 09.05.2012:<br>Verbesserung der Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger an der Bullingerstrasse zwischen Herdernstrasse und Bullingerplatz  | PV  |
| 9.  | <a href="#">2012/167</a> | *<br>A<br>** | Globalbudgetantrag von Matthias Probst (Grüne) und Bernhard Piller (Grüne) vom 11.04.2012:<br>Produktgruppen-Globalbudget Elektrizitätswerk (ewz), Einführung einer neuen Steuerungsgrösse «% solarenergetisch genutzte Dachfläche von der total energetisch nutzbaren Fläche» | VIB |
| 10. | <a href="#">2012/199</a> | *<br>**      | Postulat von Michèle Halser-Furrer (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 15.05.2012:<br>Gasversorgung Zürich-Nord, Verschiebung der Stilllegung zur Amortisation der installierten Verbrauchsgeräte   | -   |
| 11. | <a href="#">2012/204</a> | *<br>**      | Motion der Grüne-Fraktion vom 21.05.2012:<br>Gestalterische und verkehrsplanerische Aufwertung des Heimplatzes   | -   |
| 12. | <a href="#">2011/363</a> |              | Weisung vom 05.10.2011:<br>Projekt ELUSA (ehemals Projekt FAMOZ), Bericht  | VS  |
| 13. | <a href="#">2004/442</a> |              | Weisung vom 07.12.2011:<br>Motion von Gregor Bucher (Grüne), vertreten durch Dr. Ueli Nagel (Grüne), betreffend Angestellte in städtischen Kliniken und Spitälern, Unterstellung unter das Arbeitsgesetz, Verzicht auf Umsetzung und Antrag auf Abschreibung                   | VGU |
| 14. | <a href="#">2010/9</a>   |              | Weisung vom 18.01.2012:<br>Postulat der Grünen Fraktion betreffend ServiceWohnen im Altersheim Trotte sowie Auswertung der Pilotprojekte in den Altersheimen Stampfenbach und Wildbach, Bericht und Abschreibung   | VGU |
| 15. | <a href="#">2011/322</a> |              | Weisung vom 07.09.2011:<br>Motion der AL-Fraktion betreffend Minergie-P-Bauten, finanzielle Förderung, Bericht und Antrag auf Auftragsverzicht   | VGU |
| 16. | <a href="#">2012/58</a>  |              | Weisung vom 29.02.2012:<br>Verein Zürcher Aids-Hilfe (ZAH), jährlicher Betriebsbeitrag 2012 bis 2016   | VGU |
| 17. | <a href="#">2012/135</a> | E/A          | Dringliches Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Schmid (FDP) vom 28.03.2012:<br>Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zähringerstrasse/Häringstrasse sowie Anpassung des Nachtfahrverbots  | PV  |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 2741. 2012/223

#### **Erklärung der SP-Fraktion vom 30.05.2012: Einführung von Tempo 30 auf 39 kommunalen Strassenabschnitten**

Namens der SP-Fraktion verliest Simone Brander (SP) folgende Fraktionserklärung:

Ein Schritt in die richtige Richtung – aber erst EIN Schritt

Die SP ist erfreut, dass der Stadtrat heute beschlossen hat, zur Lärmsanierung auf 39 kommunalen Strassenabschnitten Tempo 30 einzuführen. Dies ist aus Sicht der SP ein Schritt in die richtige Richtung. Er ist dringend nötig, da noch immer 130 000 Personen an zu lärmigen Strassen leben. Lärm verursacht grosse Gesundheitsprobleme. Gemäss den Vorgaben des Bundes muss er in einem ersten Schritt an der Quelle reduziert werden, und das heisst für Zürich: beim Verkehr. Die Temporeduktion ist deshalb die billigste und effizienteste Massnahme zur Lärmsanierung, während Lärmschutzwände und Lärmschutzfenster teuer sind und das grundsätzliche Lärmproblem nicht lösen.

Leider wird Tempo 30 nicht auf allen kommunalen Strecken eingeführt, die lärmsanierungspflichtig sind. Die 39 Strassenabschnitte, die nun saniert werden sollen, stellen nur die Hälfte dieser lärmsanierungspflichtigen Abschnitte dar. Die SP fordert, dass der Stadtrat auch an den restlichen lärmgeplagten Strassenabschnitten das Problem an der Wurzel packt und auch dort Tempo 30 einführt.

Wichtig sind aus Sicht der SP auch die kantonal klassierten Strassenabschnitte, bei welchen die Lärm- und Luftreinhaltegrenzwerte ebenfalls überschritten werden. Auch hier wünscht sich die SP-Fraktion erfolgreiche Verhandlungen mit den kantonalen Zuständigen und den Mut, auf den richtigen Lösungen für Zürich zu beharren.

### 2742. 2012/224

#### **Erklärung der SVP-Fraktion vom 30.05.2012: Einführung von Tempo 30 auf 39 kommunalen Strassenabschnitten**

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Massive Verkehrsbehinderungen statt flüssiger Verkehr

Heute präsentierte der Stadtrat seine Ideen zur sogenannten Strassenlärmsanierung. Auf Total rund 17 Kilometer Strassen sollen Tempo 30 - Zonen eingeführt werden. Einige Wenige betreffen Strassen in Ausenquartieren, doch die Meisten betreffen grössere Strassen von übergeordneter Bedeutung mit Durchgangsverkehr, die zudem vielfach auch von öffentlichem Verkehr befahren werden. Die SVP verurteilt diese ideologisch geprägten Verkehrsbehinderungen aufs Schärfste.

Wenn solche geschwindigkeitsreduzierten Zonen auf einer Tangentialverbindung des motorisierten Individualverkehrs wie auch des öffentlichen Verkehrs auch auf kurzen Strecken von nur wenigen Metern eingeführt werden, wie dies zum Beispiel auf der Nordbrücke der Fall ist, dienen sie nicht der Verkehrssicherheit und schon gar nicht der Lärmreduktion, sondern sind reine Schikane. Der Verkehr rollt mit 50 km/h heran, dann müssen die Fahrzeuge bremsen, fahren mit 30 km/h weiter und beschleunigen anschliessen wieder auf 50 km/h. Die Lärmemissionen verringern sich nicht, das Gegenteil ist der Fall. Bekannt ist zudem die Tatsache, dass auf Strassen, auf denen öffentlicher Verkehr rollt, der Lärmpegel generell um einiges höher ist als auf Verkehrswegen des motorisierten Individualverkehrs.

Nicht zu vergessen sind zudem bei diesen Plänen des Stadtrates die generellen Folgen bezüglich Fahrplans des öffentlichen Verkehrs, welcher vollkommen durcheinander gerät. Die Folgen sind klar: Längere Fahrzeiten! Das einzig wirklich funktionierende Rezept gegen Lärmbelastungen ist die Verflüssigung des Verkehrs durch gleichmässiges, stetiges Fahren. Zudem ist der Verkehr möglichst durch Tunnels zu führen.

Der Stadtrat muss daher die Planung und Realisierung des Waidhaldetunnels und des Stadttunnels sofort in Angriff nehmen. Der Verkehr in Zürich muss zudem verflüssigt werden. Dies sind die wirklichen Problemlösungen und hierfür wird sich die SVP mit aller Kraft einsetzen.

Die SVP wird zudem abklären, ob der Stadtrat alle von ihm geplanten Tempo 30 - Zonen in alleiniger Kompetenz und ohne Rücksprache mit dem für solche Fragen zuständigen kantonalen Volkswirtschaftsdirektor einführen kann.

#### **2743. 2012/225**

##### **Erklärung der FDP-Fraktion vom 30.05.2012:**

##### **Einführung von Tempo 30 auf 39 kommunalen Strassenabschnitten**

Namens der FDP-Fraktion verliest Marc Bourgeois (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Die Stadt Zürich bremst sich selber aus

Der Stadtrat hat heute mitgeteilt, dass er vorerst auf 39 Strassenabschnitten mit einer Länge von 17 km neu Tempo 30 einführen will. Später sollen Quartierzentren, überkommunale Strassen und nachts gar flächendeckend Tempo 30 folgen. Dabei werden Lärmschutzaspekte als Grund für diese weitere Schikane des Autoverkehrs angegeben.

Es mag sein, dass Anwohnerinnen und Anwohner die Tempo 30 Zonen schätzen. Die vom Stadtrat vorgeschlagenen Strassen, wie die Löwenstrasse und der Talacker, sind aber keine Wohnzonen. Hier wurden die Hausaufgaben nicht gemacht, indem keine wirkliche Analyse verschiedenster lärmreduzierender Massnahmen vorgenommen wurde.

Der wahre Grund für diese neuerlichen Schikanen dürfte deshalb ein ganz anderer sein: Der MIV soll weiter verlangsamt werden, um ihn gegenüber dem – in Zürich eher beschaulichen – ÖV weniger attraktiv zu machen. Gleiches soll ja auch mit Kaphaltestellen, Parkplatzabbau und anderen Massnahmen erreicht werden. Aber auch der ÖV wird verlangsamt. Zudem wird es sich kontraproduktiv auswirken, weil der Autoverkehr wieder vermehrt durch bereits bestehende Tempo 30-Zonen rollen wird. Wenn fast überall Tempo 30 gilt, gibt es keinen Grund mehr, Wohnquartiere zu meiden. Dies widerspricht diametral dem Credo der FDP vom fließenden Verkehr in den Hauptstrassen und verkehrsberuhigten Wohnquartieren.

Die FDP anerkennt, dass aufgrund der nationalen Vorgaben gewisse Lärmschutzmassnahmen vorgenommen werden müssen. Das bedingt aber eine differenzierte Analyse und nicht eine ideologische Abstrafung des MIVs mit zusätzlich negativen Auswirkungen auf den ÖV.

Für die FDP der Stadt Zürich ist klar: Eine Stadt ist eine Stadt – mit allen Vor- und Nachteilen. Wer glaubt, tagsüber in einer Weltstadt leben zu können, nachts aber die Ruhe wie auf dem Land geniessen will, liegt falsch. Dies ist bisher keiner Weltstadt gelungen, und es wird auch uns nicht gelingen. Bezahlen werden wir alle.

Wir fordern den Stadtrat auf, nochmals über die Bücher zu gehen und wirksame Massnahmen für den Lärmschutz zu ergreifen.

#### **2744. 2012/226**

##### **Erklärung der GLP-Fraktion vom 30.05.2012:**

##### **Einführung von Tempo 30 auf 39 kommunalen Strassenabschnitten**

Namens der GLP-Fraktion verliest Guido Trevisan (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Grünliberale fordern mehr Tempo bei Tempo 30

Über ein Drittel der gesamten städtischen Wohnbevölkerung wohnt an Strassen, welche die vom Bund vorgeschriebenen maximalen Lärmemissionen überschreiten. Die vom Stadtrat vorgesehenen Massnahmen werden von der Grünliberalen Fraktion prinzipiell begrüsst, gehen ihr jedoch im Zusammenhang mit der Städteinitiative und den kürzlich wieder steigenden Unfallzahlen auf den Strassen zu wenig weit. Zudem zweifelt die glp Fraktion daran, dass die für die Lärmsanierungen verwendeten CHF 4,5 Mio. mit den vorgesehenen Massnahmen effektiv eingesetzt werden.

An den 39 vom Stadtrat zur Aufwertung vorgesehenen Strassenabschnitten wohnen gerade mal 7000 Personen. Dies entspricht nur 5% der lärmgeplagten Bevölkerung, welche mit diesen Massnahmen bis 2018 eine Reduktion der Emissionen erfahren sollen. Fast 100'000 Zürcherinnen und Zürcher bleiben auf der Strecke und müssen weiterhin auf geeignete Lärmschutzmassnahmen warten.

Der Stadtrat verpasst damit die einmalige Chance bei den sanierungsbedürftigen Strassen von einer 25%igen Beteiligung des Bund zu profitieren. Mehrere Strassen welche aufgewertet werden sind zudem kaum bewohnt, so z.B. der Talacker. Zudem sind ganze Quartiere von den Tempo 30 Aufwertungsmaßnahmen ausgeschlossen obwohl z.B. eine Umfrage an der Teststrecke Kalkbühlstrasse gezeigt hat, dass sowohl bei Anwohnern wie auch beim Gewerbe mehr als zwei Drittel Tempo 30 Aufwertungen begrüßen. Bei der Hälfte der durchschnittlich nur 400 Meter langen Teilstrecken sind bauliche Massnahmen vorgesehen. Aus Kostengründen würde es die glp Fraktion begrüßen, dass die Strassenlärmsanierungen mit den in der regulären Planung vorgesehenen Strassensanierungen einhergehen.

Dass der öffentliche Verkehr bei den Tempo 30 Aufwertungen tangiert wird, nimmt die glp in Kauf, da der Zeitverlust auf den sanierten Teilstrecken marginal ausfällt.

## **G e s c h ä f t e**

### **2745. 2010/129**

**Weisung vom 16.05.2012:**

**Postulat von Walter Angst (AL), Karin Rykart Sutter (Grüne) und zwei Mitunterzeichnenden betreffend Beschaffung von Bauland für die Vergrößerung des Wohnungsbestands der Stiftung Alterswohnungen, Bericht und Abschreibung**

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 29. Mai 2012

### **2746. 2011/470**

**Weisung vom 16.05.2012:**

**Sozialdepartement, Schulsozialarbeit, Erhöhung der jährlich wiederkehrenden Ausgaben, Abschreibung des Postulats von Rebekka Wyler (SP) und Andrea Hochreutener (SP) betreffend Erhöhung Anzahl Stellen in der Schulsozialarbeit**

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 29. Mai 2012

### **2747. 2012/200**

**Weisung vom 16.05.2012:**

**Städtische Gesundheitsdienste, Definitive Einführung von KOMPASS, Bewilligung jährlich wiederkehrender Ausgaben ab 2013**

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 29. Mai 2012

### **2748. 2012/201**

**Weisung vom 16.05.2012:**

**Liegenschaftsverwaltung, Veräusserung Teil der Konrad-Ilg-Strasse, Quartier Höngg, an die Gewerkschaftliche Wohn- und Baugenossenschaft GEWOBAG**

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 29. Mai 2012

### **2749. 2012/202**

**Weisung vom 16.05.2012:**

**Soziale Dienste, unbefristete Weiterführung des Quartierzentrums Aussersihl in der Bäckeranlage durch die Sozialen Dienste des Sozialdepartements ab 2013**

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 29. Mai 2012

**2750. 2012/203****Weisung vom 16.05.2012:****Sozialdepartement, Beiträge an 12 Trägerschaften für 37 soziokulturelle Angebote 2013 bis 2018**

Zuweisung an die SK SD gemäss Beschluss des Büros vom 29. Mai 2012

**2751. 2012/195****Postulat von Peter Küng (SP) und Patrick Hadi Huber (SP) vom 09.05.2012:****Verbesserung der Sicherheit für die Fussgängerinnen und Fussgänger an der Bullingerstrasse zwischen Herdernstrasse und Bullingerplatz**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**2752. 2012/167****Globalbudgetantrag von Matthias Probst (Grüne) und Bernhard Piller (Grüne) vom 11.04.2012:****Produktegruppen-Globalbudget Elektrizitätswerk (ewz), Einführung einer neuen Steuerungsgrösse «% solarenergetisch genutzte Dachfläche von der total energetisch nutzbaren Fläche»**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Matthias Probst (Grüne) vom 23. Mai 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2673/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 21 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**2753. 2012/199****Postulat von Michèle Halser-Furrer (EVP) und Dr. Martin Mächler (EVP) vom 15.05.2012:****Gasversorgung Zürich-Nord, Verschiebung der Stilllegung zur Amortisation der installierten Verbrauchsgeräte**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Dr. Martin Mächler (EVP) vom 23. Mai 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2675/2012)

Die Dringlicherklärung wird mit einem offensichtlichen Mehr von über 63 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**2754. 2012/204****Motion der Grüne-Fraktion vom 21.05.2012:  
Gestalterische und verkehrsplanerische Aufwertung des Heimplatzes**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Markus Knauss (Grüne) vom 23. Mai 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2674/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 59 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**2755. 2011/363****Weisung vom 05.10.2011:  
Projekt ELUSA (ehemals Projekt FAMOZ), Bericht**

Antrag des Stadtrats

Vom Bericht betreffend Projekt ELUSA (ehemals FAMOZ) wird Kenntnis genommen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der GPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der GPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Vom Bericht betreffend Projekt ELUSA (ehemals FAMOZ) wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Michael Schmid (FDP), Referent; Präsidentin Katrin Wüthrich (SP), Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Renate Fischer (SP), Dr. Ueli Nagel (Grüne), Christian Traber (CVP)
Minderheit:	Irene Bernhard (GLP), Referentin; Bruno Amacker (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Bruno Sidler (SVP)
Abwesend:	Peter Küng (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 41 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Michael Schmid (FDP), Referent; Präsidentin Katrin Wüthrich (SP), Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Renate Fischer (SP), Dr. Ueli Nagel (Grüne)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Bruno Sidler (SVP)
Enthaltung:	Irene Bernhard (GLP), Referentin Minderheit
Abwesend:	Bruno Amacker (SVP), Peter Küng (SP), Christian Traber (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 24 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Vom Bericht betreffend Projekt ELUSA (ehemals FAMOZ) wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 6. Juni 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

**2756. 2004/442**

**Weisung vom 07.12.2011:**

**Motion von Gregor Bucher (Grüne), vertreten durch Dr. Ueli Nagel (Grüne), betreffend Angestellte in städtischen Kliniken und Spitälern, Unterstellung unter das Arbeitsgesetz, Verzicht auf Umsetzung und Antrag auf Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

Auf die Umsetzung der Motion, GR Nr. 2004/442 von Gregor Bucher, vertreten durch Dr. Ueli Nagel, vom 25. August 2004 betreffend Angestellte in städtischen Kliniken und Spitälern, Unterstellung unter das Arbeitsgesetz wird verzichtet und die Motion abgeschrieben.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

- a. Rasche Verbesserung des Gesundheitsschutzes insbesondere bezüglich den Arbeits- und Ruhezeiten durch Gleichstellung der Anästhesie- und Operations-Pflegenden im Stadtspital Waid mit denjenigen im Stadtspital Triemli: Anerkennung der Bereitschaftsdienst/Pikettzeiten als Arbeitszeit (mit entsprechender zeitlicher Kompensation) oder Einführung des Schichtarbeitsbetriebs mit kürzeren Präsenzzeiten (analog Triemli). Frist: bis Januar 2013.
- b. Mittelfristige Verbesserung des Gesundheitsschutzes für OberärztInnen durch Gleichstellung mit den AssistenzärztInnen insbesondere bezüglich den Arbeits- und Ruhezeiten. Frist: Dem Gemeinderat wird innert zwei Jahren dazu eine kreditschaffende Weisung vorgelegt, welche die Erfahrungen mit der Einführung der Swiss DRG in den Stadtspitälern berücksichtigt.
- c. Überprüfung der Arbeitszeiten aller übrigen Angestellten in den städtischen Kliniken und Spitälern anhand des Merkblatts „Umsetzung der Arbeits- und Ruhezeitvorschriften gemäss Arbeitsgesetz“ von HRZ (Januar 2011). Wo der Gesundheitsschutz des ArG unterschritten wird, entsprechende Verbesserung gemäss Auftrag der Motion 2004/442. Frist: innert 2 Jahren nach dem GR-Beschluss.
- d. Realistische Berechnung der bei Umsetzung dieser Forderungen zusätzlich erforderlichen Stellen.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Rückweisungsantrags.



Mehrheit: Jürg Ammann (Grüne), Referent; Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Petek Altinay (SP), Marianne Dubs Früh (SP), Andrea Hochreutener (SP), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Dr. Ueli Nagel (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Marcel Schönbächler (CVP)

Minderheit: Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Referentin; Margrit Haller (SVP), Guido Hüni (GLP), Alexander Jäger (FDP) i.V. von Tamara Lauber (FDP), Urs Weiss (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 50 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Die Vorlage wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit folgendem Auftrag:

- a. Rasche Verbesserung des Gesundheitsschutzes insbesondere bezüglich den Arbeits- und Ruhezeiten durch Gleichstellung der Anästhesie- und Operations-Pflegenden im Stadtspital Waid mit denjenigen im Stadtspital Triemli: Anerkennung der Bereitschaftsdienst/Pikettzeiten als Arbeitszeit (mit entsprechender zeitlicher Kompensation) oder Einführung des Schichtarbeitsbetriebs mit kürzeren Präsenzzeiten (analog Triemli). Frist: bis Januar 2013.
- b. Mittelfristige Verbesserung des Gesundheitsschutzes für OberärztInnen durch Gleichstellung mit den AssistenzärztInnen insbesondere bezüglich den Arbeits- und Ruhezeiten. Frist: Dem Gemeinderat wird innert zwei Jahren dazu eine kreditschaffende Weisung vorgelegt, welche die Erfahrungen mit der Einführung der Swiss DRG in den Stadtspitälern berücksichtigt.
- c. Überprüfung der Arbeitszeiten aller übrigen Angestellten in den städtischen Kliniken und Spitälern anhand des Merkblatts „Umsetzung der Arbeits- und Ruhezeitvorschriften gemäss Arbeitsgesetz“ von HRZ (Januar 2011). Wo der Gesundheitsschutz des ArG unterschritten wird, entsprechende Verbesserung gemäss Auftrag der Motion 2004/442. Frist: innert 2 Jahren nach dem GR-Beschluss.
- d. Realistische Berechnung der bei Umsetzung dieser Forderungen zusätzlich erforderlichen Stellen.

Mitteilung an den Stadtrat

## 2757. 2010/9

**Weisung vom 18.01.2012:**

**Postulat der Grünen Fraktion betreffend ServiceWohnen im Altersheim Trotte sowie Auswertung der Pilotprojekte in den Altersheimen Stampfenbach und Wildbach, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Erfahrungsbericht ServiceWohnen in den Altersheimen Stampfenbach und Wildbach wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2010/9, der Fraktion der Grünen vom 6. Januar 2010 betreffend ServiceWohnen im Altersheim Trotte sowie Auswertung der Pilotprojekte in den Altersheimen Stampfenbach und Wildbach wird als erledigt abgeschrieben.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltschutzdepartements Stellung.

## Schlussabstimmung

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

- Zustimmung: Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Petek Altinay (SP), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Margrit Haller (SVP), Andrea Hochreutener (SP), Alexander Jäger (FDP) i.V. von Tamara Lauber (FDP), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Marcel Schönbächler (CVP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Urs Weiss (SVP)
- Abwesend: Guido Hüni (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 114 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Erfahrungsbericht ServiceWohnen in den Altersheimen Stampfenbach und Wildbach wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2010/9, der Fraktion der Grünen vom 6. Januar 2010 betreffend ServiceWohnen im Altersheim Trotte sowie Auswertung der Pilotprojekte in den Altersheimen Stampfenbach und Wildbach wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 6. Juni 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

**2758. 2011/322**

**Weisung vom 07.09.2011:**

**Motion der AL-Fraktion betreffend Minergie-P-Bauten, finanzielle Förderung, Bericht und Antrag auf Auftragsverzicht**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Minergie-P-Bauten, finanzielle Förderung, wird Kenntnis genommen.
2. Auf den Auftrag, die Motion, GR Nr. 2007/350, der AL-Fraktion vom 13. Juni 2007 betreffend die finanzielle Förderung von Minergie-P-Bauten zu erfüllen, wird gemäss Art. 92 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates verzichtet und die Motion wird abgeschrieben.

## Schlussabstimmung

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

- Zustimmung: Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Andrea Hochreutener (SP), Guido Hüni (GLP), Alexander Jäger (FDP) i.V. von Tamara Lauber (FDP), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Dr. Ueli Nagel (Grüne) i.V. von Fabienne Nicole Vocat (Grüne), Alan David Sangines (SP), Marcel Schönbächler (CVP), Urs Weiss (SVP)
- Abwesend: Margrit Haller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 107 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Minergie-P-Bauten, finanzielle Förderung, wird Kenntnis genommen.
2. Auf den Auftrag, die Motion, GR Nr. 2007/350, der AL-Fraktion vom 13. Juni 2007 betreffend die finanzielle Förderung von Minergie-P-Bauten zu erfüllen, wird gemäss Art. 92 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates verzichtet und die Motion wird abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 6. Juni 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

#### **2759. 2012/58**

**Weisung vom 29.02.2012:**

**Verein Zürcher Aids-Hilfe (ZAH), jährlicher Betriebsbeitrag 2012 bis 2016**

Antrag des Stadtrats

Für den Verein Zürcher Aidshilfe wird für die Jahre 2012 bis 2016 ein jährlicher Beitrag von maximal Fr. 356 000.– bewilligt.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Präsidentin Uschi Heinrich (SP), Referentin; Vizepräsidentin Maleica Landolt (GLP), Petek Altinay (SP), Jürg Ammann (Grüne), Marianne Dubs Früh (SP), Andrea Hochreutener (SP), Alexander Jäger (FDP) i.V. von Tamara Lauber (FDP), Karin Meier-Bohrer (Grüne), Marcel Schönbächler (CVP), Fabienne Nicole Vocat (Grüne)
Minderheit:	Margrit Haller (SVP), Referentin; Urs Weiss (SVP)
Abwesend:	Guido Hüni (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 23 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für den Verein Zürcher Aidshilfe wird für die Jahre 2012 bis 2016 ein jährlicher Beitrag von maximal Fr. 356 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 6. Juni 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 5. Juli 2012)

**2760. 2012/135**

**Dringliches Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Schmid (FDP) vom 28.03.2012:**

**Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zähringerstrasse/Häringstrasse sowie Anpassung des Nachfahrverbots**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marc Bourgeois (FDP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2525/2012).

Fabienne Nicole Vocat (Grüne) begründet den von Markus Knauss (Grüne) namens der Grüne-Fraktion am 11. April 2012 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Dr. Martin Mächler (EVP), Marianne Aubert (SP) und Guido Trevisan (GLP) stellen namens ihrer Fraktionen folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie unmittelbar nach Inkraftsetzung der Prostitutionsgewerbeverordnung die folgenden Massnahmen getroffen werden kann:

- Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zähringerstrasse/Häringstrasse auf die Zeit zwischen 22:00 Uhr und 02:00 Uhr (gestützt auf PGVO Art. 7).
- ~~Anpassung des Nachfahrverbots an der Zähringerstrasse auf die Zeitspanne zwischen 1 h vor bis 1 h nach den zugelassenen Betriebszeiten des Strassenstrichs.~~

Marc Bourgeois (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 94 gegen 20 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

## **E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**2761. 2012/227**

**Motion der SP-, FDP-, Grüne-, CVP- und AL-Fraktion sowie von 4 Mitunterzeichnenden vom 30.05.2012:**

**Bahnhof Hardbrücke, Anpassung der Infrastruktur an die gestiegene Anzahl Reisende sowie Sicherstellung der Halte aller S-Bahnzüge**

Von der SP-, FDP-, Grüne-, CVP- und AL-Fraktion sowie von 4 Mitunterzeichnenden ist am 30. Mai 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, zusammen mit dem ZVV und der SBB den Bahnhof Hardbrücke den gestiegenen Anzahl Reisenden anzupassen, die Sicherheit zu erhöhen und sicherzustellen, dass auch langfristig alle S-Bahnzüge anhalten können.

Begründung:

Der Bahnhof Hardbrücke genügt weder den aktuellen, noch den künftigen Bedürfnissen. Die Perronanlagen und die Zugänge sind viel zu eng. Das Tram über die Hardbrücke und die künftige Steigerung der Einwohnerzahlen und der Arbeitsplätze im Einzugsbereich des Bahnhofs werden die Situation noch verschärfen.

Der Bahnhof Hardbrücke und der Bahnhof Stadelhofen begrenzen die Kapazität des S-Bahn-Systems. In den Planungen von SBB und ZVV werden zur Kapazitätssteigerung u.a. auch Szenarien geprüft, bei denen langfristig nicht mehr alle S-Bahn-Züge im Bahnhof Hardbrücke anhalten können.

Die Finanzierung der S-Bahn ist grundsätzlich die Sache der SBB, des Bundes und des ZVV. Es liegt aber gleichwohl im Interesse der Stadt, dass der Bahnhof den Bedürfnissen der Erschliessung und der Stadtentwicklung dient. Die Stadt hat dies auch dokumentiert mit der Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs und der Anmeldung dieses Ausbauprojektes beim Agglomerationsprogramm des Bundes.

Das Siegerprojekt „Change“ kann die Kapazitätsprobleme nicht lösen. Zudem behindert das Projekt einen späteren Ausbau des Bahnhofs Hardbrücke oder führt zumindest zu erheblichen Mehrkosten. Als Folge könnte jenes Szenarium von SBB und ZVV zum Tragen kommen, das vorsieht, dass langfristig nicht mehr alle S-Bahn-Züge im Bahnhof Hardbrücke anhalten.

Die Finanzierung des Bahnhofausbaus durch Bund, SBB und ZVV ist noch keineswegs gesichert. Es braucht zur Unterstützung ein klares politisches Zeichen aus Zürich.

Ein gemeinsames und geschlossenes Auftreten von SBB, ZVV und Stadt Zürich hat die grössten Chancen vom Bund die nötigen Mittel zu erhalten. Es ist deshalb auch ratsam, auf den Zwischenschritt des Projektes „Change“ zu verzichten und stattdessen direkt den Ausbau des Bahnhofs mit dem ZVV und der SBB anzupacken.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion wird auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

## 2762. 2012/228

### **Dringliche Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion und 23 Mitunterzeichnenden vom 30.05.2012:**

#### **Neugestaltung Sechseläutenplatz, Kommunikation bezüglich des geplanten Spurabbaus sowie weiteres Vorgehen bei einer Ablehnung der Vorlage**

Von der FDP-Fraktion und 23 Mitunterzeichnenden ist am 30. Mai 2012 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Den Anfragenden liegt sehr viel daran, dass der Sechseläutenplatz im Rahmen des ursprünglichen, vom Volk bewilligten, Perimeters - sei es als Platz oder als Wiese - gestaltet werden kann. Dies, ohne dass durch den geplanten Spurabbau die heutige verkehrliche Situation am Bellevue noch weiter verschlechtert wird. Dies liegt auch im Interesse der umliegenden Gewerbetreibenden. Es ist wichtig, dass nach der Volksabstimmung vom 23. September 2012 darüber Klarheit herrscht. Denn in Zusammenhang mit der Abstimmung über die Neugestaltung des Sechseläutenplatzes ist es wiederholt zu widersprüchlichen Aussagen seitens der Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements gekommen. Wir bitten deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. In der Ratsdebatte erklärte die Vorsteherin des TED, dass der Spurabbau nicht unabhängig vom Objektkredit behandelt werden könne. Nachher war in der Presse jedoch die Aussage aus ihrem Amt zu lesen, dass dies kein Problem gewesen wäre. Welche Aussage ist nun aus Sicht des Stadtrates wirklich korrekt?
2. Wie stellt der Stadtrat künftig sicher, dass in zentralen Fragen keine derart komplett unterschiedlichen Aussagen gemacht werden?
3. Die Vorsteherin des TED behauptete bekanntlich, dass der Spurabbau bereits bewilligt sei. Dies war offensichtlich nicht korrekt. Aufgrund welcher Rechtsgrundlage hätte die Stadt dann zu welchem Zeitpunkt mit dem Umbau beginnen wollen, sofern kein Referendum ergriffen worden wäre?
4. Gemäss Aussage des Stadtrats anlässlich der Medienorientierung „muss“ der Regierungsrat die Vorlage noch genehmigen. Ist der Regierungsrat nach Ansicht des Stadtrats nur formale Bewilligungsinstanz der Verwaltung? Ist nach der Umgestaltung der Vorlage durch den Gemeinderat nicht sowieso eine Neubeurteilung des Projekts seitens des Kantons nötig?

5. Was bedeutet für den Stadtrat eine Ablehnung des durch die Stadt geplanten Spurabbaus durch den Regierungsrat für den Bau des Sechseläutenplatzes? Insbesondere stellt sich die Frage, ob ein komplett neues Projekt erarbeitet werden muss, oder nur entsprechende Anpassungen am vorliegenden Projekt vorgenommen werden, das heisst, dass letztlich ein Sechseläutenplatz in der vorgelegten Form gebaut wird, ohne dass es zu einer Spurreduktion kommt, also in der Form, wie die FDP den Bau des Sechseläutenplatz stets unterstützt hat?
6. Wie sieht der Zeitplan bei einem Fall gemäss Frage 5 aus?
7. Bekanntlich lehnen FDP, SVP und SD die vom Gemeinderat verabschiedete Vorlage aus unterschiedlichen Gründen ab. Wie würde der Stadtrat die Ablehnung der Vorlage deuten? Würde ein Nein an der Urne zu einem neuen Projekt in der ursprünglichen Form, jedoch ohne Spurabbau, zu einem vollständig neuen Projekt oder zu einem längeren Fortbestand der heutigen, unwirtschaftlichen Situation führen, bzw. sieht der Stadtrat weitere Möglichkeiten für den Umgang mit einem Nein an der Urne? Wie sieht der Stadtrat den Zeitplan im Falle der Ablehnung durch das Volk?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

- 2763. 2012/137**  
**Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Urs Egger (FDP) und 37 Mitunterzeichnenden vom 28.03.2012:**  
**Aufbauten zur Abgrenzung der Parkplatzmarkierungen an Strassenabschnitten in der Blauen Zone**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 628 vom 16. Mai 2012).

- 2764. 2012/177**  
**Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Urs Egger (FDP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 18.04.2012:**  
**Unterhalt und Pflege der Rasensportanlagen durch Grün Stadt Zürich und Zusammenarbeit mit den Fussballclubs**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 635 vom 23. Mai 2012).

- 2765. 2012/32**  
**Schriftliche Anfrage von Andrea Nüssli-Danuser (SP) vom 25.01.2012:**  
**Städtische Strategie im Bereich der Sportförderung und des Sportstättenbaus**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 602 vom 16. Mai 2012).

- 2766. 2012/205**  
**ewz Geschäftsbericht 2011**

Den Ratsmitgliedern ist das Dokument «ewz Geschäftsbericht 2011», Ausgabe Mai 2012 zugestellt worden.

Nächste Sitzung: 6. Juni 2012, 17 Uhr.